

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Bevölkerungszuwachs ist Migration

Kürzlich ist vom Bundesamt für Statistik die Bevölkerungsstatistik 2016 publiziert worden. Augenfällig ist, dass die Zuwanderung auch 2016 gestiegen ist – sie geht ungebremst weiter – trotz anderslautenden Berichten aus dem Departement Sommaruga. Die Bevölkerung in der Schweiz wuchs im vergangenen Jahr total um 90 600 Personen.

Das Bundesamt beziffert den Wanderungssaldo für 2016 heute hingegen auf 81 600 Personen. Die Differenz ist einfach zu erklären: Das BFS zählt richtigerweise auch die Personen aus dem Asylbereich mit, welche über ein Jahr Aufenthalt in der Schweiz hinter sich haben. Das Staatssekretariat für Migration hingegen klammert diese einfach aus der Statistik aus, als ob es keine Ausländer wären. Das zeigt eindrücklich auf, wie das Departement Sommaruga die Zahlen «beschönigt».

Die Folgen der Massenzuwanderung erleben wir alle täglich hautnah: Dichtstress, überfüllte Spitäler und Schulklassen, explodierende Kranken- und Sozialhilfekosten und immer mehr arbeitslose Schweizerinnen und Schweizer über 50 Jahre. Wenn man die Statistik des Bundesamtes für Migration betrachtet, erkennt man von 2009 bis 2016 einen klaren Aufwärtstrend bei den Zuwanderungen. Beim Geburtenüberschuss (Differenz zwischen Geburten und Todesfällen) gehen übrigens nur 2800 von 21 000 auf das Konto von Schweizerinnen und Schweizern. Verbunden mit dem negativen Wanderungssaldo der Schweizer müssen wir feststellen, dass der Bevölkerungszuwachs von 90 600 Personen im vergangenen Jahr vollumfänglich der Migration zuzuschreiben ist. Die 39 200 zusätzlichen Schweizer sind praktisch allesamt Einbürgerungen.

Die zunehmende Internationalisierung bei vielen Grossfirmen führt zu erhöhter Konkurrenz und Entlassungen, was nicht selten auch qualifizierte Schweizerinnen und Schweizer trifft.

An den Schulen sinkt das Bildungsniveau, es bestehen viele Mentalitätsunterschiede und Sprachdifferenzen, und das Niveau der Schülerinnen und Schüler wird immer unterschiedlicher.

Es ist Zeit, das Märchen der wirtschaftlichen Notwendigkeit dieser exorbitanten Zuwanderung bei ständig sinkender Lebensqualität zu entlarven. Diese unkontrollierte, planlose Ausländer- und Asylpolitik schadet der Schweiz. Da die Zuwanderung massgeblich auf dem Weg des «Freien Personenverkehrs» aus der EU erfolgt, muss dieses Abkommen entweder angepasst oder gekündigt werden.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Verstaatlichung und Asylsponsoring – die Lieblingsthemen der linksgrünen Ratsmehrheit

An der 154. Sitzung des Zürcher Gemeinderates wurden wichtige Vorlagen diskutiert. Zum einen die Umsetzung der Initiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich» und zum anderen das Behördenreferendum gegen die Abschaffung der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene.



Dubravko Sinovcic
Gemeinderat SVP
Zürich 1/2

Zum Zweck der Bereitstellung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum fordert die Initiative unter Anderem eine Bewirtschaftung der städtischen Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete, das heisst ohne Gewinnabsicht.

Zu diesem Zweck hat der Stadtrat eine Weisung erlassen, welche eine Übertragung der stadteigenen Wohn- und Gewerbeliegenschaften vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen vorsieht.

Dadurch werden die städtischen Liegenschaften dauerhaft verstaatlicht und eine zukünftige Veräusserung dieser Liegenschaften wird dadurch praktisch verunmöglicht. Ebenso dürfen

Wohn- und Gewerberäume, welche sich im Verwaltungsvermögen befinden, nur noch nach dem Prinzip der Kostenmiete vermietet werden.

Der Initiativtext sieht nun die Möglichkeit vor, für besonders teure oder repräsentative Wohnungen eine Ausnahme machen zu können, um diese weiterhin im Finanzvermögen zu belassen und nach Marktwert zu vermieten. Die Definition, ab wann eine Wohnung nicht mehr preiswert ist und von der Umsetzung der Volksinitiative ausgenommen wird, wird dem Stadtrat und dem Parlament überlassen.

Was tut nun die Zürcher Stadtregierung? Sie will Wohnungen vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen umlegen und damit dem freien Markt entziehen, die bisher z.B. 2750 Franken (3 und 3½ Zimmer) oder 3600 Franken (4 und 4½ Zimmer) gekostet haben. Die Stadt Zürich ist der Meinung, dass von 2500 Wohnungen nur 53 (d.h. 2 Prozent der Wohnungen) mit Gewinn vermietet werden dürfen. Die restlichen

Wohnungen sollen unter dem Marktwert vermietet werden, da diese als preisgünstige Wohnungen anzusehen sind.

Aus Sicht der SVP-Fraktion ist dies eine absurde Umsetzung der Volksinitiative. Eine willkürliche Definition des Begriffes «preisgünstige Wohnung» führt dazu, dass praktisch alle städtischen Wohnungen unter dem Marktwert vermietet werden müssen, also durch den Staat subventioniert werden. Ein Änderungsantrag der SVP, der dazu geführt hätte, dass über 400 Wohnungen im Finanzvermögen belassen worden wären, blieb trotz Zustimmung der FDP-Fraktion chancenlos und 2500 Wohnungen wandern nun in das Verwaltungsvermögen.

Sozialhilfe für Asyl F

Zusätzlich wurde in der aktuellen Sitzung auch das Behördenreferendum gegen die Abschaffung der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene diskutiert. Der Kantonsrat hat beschlossen, das

kantonale Sozialhilfegesetz zu ändern und vorläufig aufgenommenen Personen (Status F) keine Sozialhilfe nach den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe mehr auszurichten. Stattdessen sollen sie wie Asylsuchende nur noch zu den tieferen Ansätzen der Asylfürsorge unterstützt werden. Der Linksgrüne Stadtrat will nun dagegen ein Referendum ergreifen und eine Volksabstimmung erzwingen.

Von bürgerlicher Seite, insbesondere auch von der SVP-Fraktion, wurde diese Vorlage mit schlagenden Argumenten und leidenschaftlichen Voten bekämpft.

Als Grundtenor lässt sich Zusammenfassen: Vorläufig aufgenommene Asylbewerber sind vorwiegend Wirtschaftsflüchtlinge und keine «echten» Asylbewerber. Wieso soll man diese noch mit übertriebenen Sozialleistungen unterstützen und dadurch noch mehr Migranten von dieser Sorte anlocken?

Es erstaunt nicht, dass die linksgrüne Ratsmehrheit für diese Argumente nicht zugänglich war. In der Abstimmung wurde das Behördenreferendum mit 70 Ja- zu 46 Nein-Stimmen angenommen.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Raubzug auf das Volksvermögen



Roger Liebi
Gemeinderat SVP
Zürich 3

Die Zürcher Stimmbürger haben am 13. Juni 2010 der Volksinitiative «Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich» zugestimmt. Dies unter dem Eindruck der laufend teurer werdenden Wohnungen als Folge der ungebremsten Zuwanderung, welche von Rot-Grün immer noch begrüsst und gefördert wird.

Die Volksabstimmungen sind umzusetzen: Es heisst im Initiativtext: «Im Interesse einer guten sozialen Durchmischung der städtischen Bevölkerung und der kleingewerblichen Versorgung fördert die Stadt Zürich die Bereitstellung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum.» Weiter steht in der In-

itiative: «Zu diesem Zweck bewirtschaftet und vermietet die Stadt Zürich nicht nur die im Rahmen des gemeinnützigen Wohnungsbaus erstellten kommunalen Wohnsiedlungen, sondern auch ihre übrigen Wohnliegenschaften, ohne Beanspruchung von Steuergeldern und ohne Gewinnabsicht grundsätzlich nach dem Prinzip der Kostenmiete.»

Was macht der Stadtrat daraus? Er führt den Begriff «preisgünstige Wohnungen» ad absurdum und vernichtet mit einem Federstrich Volksvermögen. Ebenso wird die Forderung, die Steuerzahler nicht zu belasten, grotesk ins Gegenteil umgekehrt.

Der § 2 des Gesetzes über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung und die entsprechende Verordnung sagt klar aus, wann Kanton und Gemeinden Kostenmiete ansetzen dürfen. Es heisst wörtlich: «Der Staat und die Gemeinden fördern die Bereitstellung von preisgünstigen Wohnungen für Personen mit geringen Einkommen und

Vermögen.» Das Einkommen wird für einen Mehrpersonenhaushalt auf total CHF 59 000 und das Vermögen auf total CHF 200 000 angesetzt. Was tut die Zürcher Stadtregierung?

Sie will Wohnungen vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen umlegen und damit dem freien Markt entziehen sowie mit Kostenmiete belegen, die bisher 2750 Franken (3 und 3½ Zimmer), 3600 Franken (4 und 4½ Zimmer), 4500 Franken (5 und 5½ Zimmer), 5100 Franken (6 und 6½ Zimmer) gekostet haben.

Verbleiben die bisherigen Mieter in diesen Wohnungen, dann liegt unserer Ansicht nach ein Gesetzesvorstoss vor. Denn wer für eine Wohnung 4500 Franken bezahlt, wird wohl kaum mit einem Einkommen von CHF 59 000 ausgekommen sein. Dies ist sozialistische Politik in Reinkultur.

Die Stadtregierung behauptet in der Vorlage, dass durch den Übertrag des Buchwertes der betroffenen Wohnein-

heiten von 621 722 563 Franken die Steuerzahler nicht belastet werden, da es sich ja um geschlossene Rechnungskreise handle. Es gilt: «Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.» Die Nettoschulden der Stadt sind definiert durch die Gleichung Finanzvermögen abzüglich Fremdkapital. Somit bedeutet der Verzicht auf die aktuelle Marktbewertung und der Verzicht auf die künftige Realbewertung jener Wohnungen, die nicht wirklich im Bereich des günstigen Wohnraumes sind, eine echte steuerliche Belastung der nachfolgenden Generationen.

Insofern wird die Volksinitiative mit der Massenumwandlung von Finanz- in Verwaltungsvermögen in einer willkürlichen und für die SVP initiativtextwidrigen Art und Weise umgesetzt.

Mit unserer motivierten Rückweisung geben wir dem Stadtrat die Chance, den Volkswillen zu befolgen, anstatt der sozialistischen Ideologien zu erliegen.

SVP der Stadt Zürich



Einladung zur ordentlichen Generalversammlung

von Dienstag, 23. Mai 2017, 20.00 Uhr

Hotel-Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich-Seebach

Traktanden

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmzähler
3. Abnahme des Protokolls der Generalversammlung 2016
4. Jahresbericht 2016
Standortbestimmung des Präsidenten
5. Jahresrechnung 2016 / Revisorenbericht / Budget 2017
6. Wahlen: 2 Rechnungsrevisoren, 1 Ersatzrevisor
7. Festsetzung des Mitgliederbeitrags
(Einzel 135 Fr. / Paare 160 Fr. / Jugendliche bis 25 J. 25 Fr.)
8. Bericht aus dem Kantonsrat
9. Bericht aus dem Gemeinderat
10. Anträge
11. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüssen

SVP der Stadt Zürich

Milliarden-Beschiss am Mittelstand!

Informieren Sie sich an unseren Standaktionen

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Am 21. Mai 2017 stimmen Sie unter anderem über das Energiegesetz ab. Die SVP empfiehlt Ihnen, bei dieser eidgenössischen Vorlage ein NEIN in die Urnen zu legen. Die genauen Gründe erfahren Sie an den Standaktionen, an welchen Sie die Mandatsträger und aktiven Mitglieder der SVP gerne empfangen. Aus der untenstehenden Aufstellung ersehen Sie die Details zu den einzelnen Aktionen. Wir freuen uns, Sie persönlich begrüssen zu dürfen.

Kreis	Quartier	Datum	Zeit	Standort
6	Oberstrass	Sa. 20.05.2017	09.30 – 11.30 h	Rigiplatz
7/8	Seefeld	Sa. 20.05.2017	10 – 12 h	Höschgasse
9	Albisrieden	Sa. 20.05.2017	09 – 11 h	Coop A-Parc
10	Höngg	Sa. 20.05.2017	10 – 11.30 h	Kappenhühlstrasse
11	Affoltern	Sa. 20.05.2017	09 – 12 h	Zehntenhausplatz



Für eine sichere Zukunft in Freiheit!